

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schreibst. u. Geschäftsstelle Dresden-N. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21295.
Postfach-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf.,
66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Restamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellenangebote.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Zeichnungsblätter der Staatsschuldenverwaltung, Holzplanzen-Verkaufsstelle der Staatsschuldenverwaltung.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 44

Dresden, Montag, 22. Februar

1932

Der Rechtsbruch im Memelland vor dem Völkerbundsrat.

Genf, 20. Februar.
Der Völkerbundsrat trat heute vormittags 10 Uhr zur Entgegennahme des von dem norwegischen Delegierten Colban erstatteten Berichtes über den Rechtsbruch im Memelland zusammen.

Der Bericht hat folgenden Wortlaut:

1. Ich habe nicht verfehlt, der Frage ein besonderes aufmerksames Studium zu widmen, mit der wertvollen Unterstützung der Herren Vilotti, Prof. Bondevant und Sir William Hallam. 2. Die Frage, auf die die Aufmerksamkeit des Rates gelenkt worden ist, ist sehr verwickelt. Auf der einen Seite befinden wir uns vor einer Behauptung, wonach der Präsident des Memelland-Territoriums Wötcher zu Unrecht durch den Gouverneur des Memellandes abberufen worden sei, in Anbetracht dessen, daß Artikel 2 des Artikels 17 des Memellandstatutes festsetzt, daß der Präsident in seinem Amte so lange bleibt, als er das Vertrauen des Landtages des Memellandes genießt. Andererseits ist behauptet worden, daß die Bestimmungen der Konvention von Paris vom 18. Mai 1924 und ihres Anhangs nicht das Recht des Gouverneurs ausschließen, in bestimmten Fällen das Territorium abzugeben und daß in diesem besonderen Falle Wötcher zu Recht abberufen worden sei, da nach Ansicht der litauischen Regierung er sich Befugnisse angemaßt habe, die der Kontrollregierung zugehören und infolgedessen das Statut verletze habe.

3. Außer dieser grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit sind die Tatsachen, die zur Abberufung Herrn Wötchers angeführt werden, von der litauischen Regierung auf eine Art dargestellt worden, die mit den von anderer Seite vorgebrachten Behauptungen nicht übereinstimmt. 4. Der Rat hat mit Bestätigung die Versicherungen der litauischen Regierung zur Kenntnis genommen, daß sie gewillt ist, alle internationalen Verpflichtungen, die sich auf das Memelland beziehen, auf das peinlichste zu beachten. Außerdem hat der Rat die Erklärung des Vertreters von Litauen entgegengenommen, wonach der Gouverneur des Gebietes Anstrengungen macht, um ein Territorium gemäß den Anweisungen des Statuts zu bilden. 5. Trotzdem muß man jetzt, und zwar in kürzester Zeit, die anomale Lage, die gegenwärtig im Memelland herrscht, ins Auge fassen. Diese Lage erfordert schleunige Maßnahmen, um eine Verschärfung zu vermeiden. 6. In der Tat besteht die Notwendigkeit, ein Direktorium einzusetzen, das sich des Vertrauens des Landtages erfreut. Dieses Direktorium müßte sich unverzüglich dem Landtag vorstellen. Die Lage ist so, daß es wünschenswert wäre, nicht bis zum Ablauf des Art. 17 Abs. 2 vorzugehen, sondern Termin zu warten. Der Rat ist ängstlich besorgt, zu sehen, daß im Memelland die normale Ausübung des Statuts wiederhergestellt wird. 7. Diese unverzüglichen Maßnahmen präjudizieren nicht die Rechtmäßigkeit der Abberufung Wötchers. Aber diese Frage könnte man sich nicht äußern, ohne daß vorher die Frage der Berechtigung des Gouverneurs, das Territorium abzugeben, behandelt würde. Und wenn anerkannt würde, daß der Gouverneur ein Recht hat bezüglich der Abberufung des Direktoriums, so müßte dann noch geprüft werden, welches genau die Umstände sind und ob diese die Ausübung dieses Rechtes rechtfertigen. 8. Um diese beiden Fragen zu entscheiden, hatte ich daran gedacht, dem Rate empfehlen zu sollen, den Haager Gerichtshof wegen eines Gutachtens anzurufen. Gleichwohl ärgerte ich, dem Rate vorzuschlagen, ein Gutachten des Gerichtshofes durch Mehrheitsentscheid einzuholen, und wenn die Ermächtigung nicht erteilt werden sollte, so siehe ich vor, mich darauf zu beschränken, daran zu erinnern, daß die Signatarmächte der Memellandkonvention die Möglichkeit haben, unter sich die genannten Fragen auf der Grundlage des Artikels 2 des Artikels 17 der Konvention zu behandeln.

Colban sprach im Anschluß die Hoffnung aus, daß der Rat künftig nicht mehr in die Notwendigkeit versetzt sein werde, sich mit Memellandangelegenheiten zu befassen. Außerdem bemerkte er unter Anspielung auf die fernstehenden, wenn auch unbegleiteten litauischen Einwände gegen die Zuständigkeit des Rates in dieser Angelegenheit, daß die Ausarbeitung des Berichtes wegen der Meinungsverschiedenheiten über den Umfang der Rechte des Völkerbundes auf Grund des Artikels 17 der Memellandkonvention auf beträchtliche Schwierigkeiten gestoßen sei.

Der litauische Außenminister Janinius erklärte, er nehme den Bericht an, mit Ausnahme der Punkte 5 und 6. Diese Punkte seien durch die in Punkt 4 erwähnten litauischen Versicherungen über die gewissenhafte Einhaltung aller internationalen Verpflichtungen überflüssig und in dieser Formulierung nur geeignet, Mißverständnisse hervorzurufen. Außerdem gingen sie offenbar über die Befugnisse der Rats nach Artikel 17 der Memellandkonvention hinaus. Janinius deutete an, daß die litauische Regierung die Auflösung des Memellandtages in Erwägung ziehe, indem er erklärte, daß angesichts der Haltung gewisser Elemente des Landtages die unter ausländischem Einfluß die Bemühungen zur Bildung eines neuen Direktoriums zu vereiteln suchten, einen Appell an das Land gemäß den Bestimmungen des Memellandstatutes vielleicht notwendig sein werde.

Staatssekretär v. Bülow betonte in seiner Erwiderung, daß die Memellandfrage ein Schwerpunkt in Europa geworden sei. Seit 1926 sei Litauen ein fast händiger Gast am Reichstisch Deutschlands habe an der Frage deshalb ein besonderes Interesse, weil das Memelland an der deutschen Grenze liege und keine Bevölkerung von 700 Jahre lang zu Deutschland gehört habe. Über den deutschen Charakter der Bevölkerung sei kein Zweifel und nicht ohne Grund hätten die abberufenen Mächte dem Memelland im Jahre 1924 besondere Garantien für die Erhaltung seiner Kultur gegeben. Die deutsche Bevölkerung dieses Gebietes der Grenze verfolge gesamt die Entwicklung in dem Gebiet, mit dem sie so lange eine Einheit gebildet habe. Seit 1927 rebe das Memelland unter Kriegsvölkerrecht. In unerhörter Weise werde die Bevölkerung an der Ausübung ihrer Grundrechte gehindert. Es sei zum Beispiel nicht möglich gewesen, Berichte über die Verhandlungen des Rates in der Memellandfrage zu bringen. Das Versammlungsrecht werde rücksichtslos beschränkt. Die Autonomie sei durch alle diese Maßnahmen im wesentlichen eine Illusion geworden. Die Lage habe sich verschärft seit dem Amtsantritt des früheren Reichsministers Werfth als Gouverneur. Die Ausübung des Völkerrechtes gegenüber dem Landtage habe zu einer Lähmung der gesetzgeberischen Arbeiten geführt.

Einen weiteren Mißstand bildet die Verschleppung des Finanzangelegenheits zwischen Litauen und dem Memelland. Das Direktorium sei, da es ausschließlich aus Mitgliedern der Reichsparteien bestanden habe, dem Gouverneur von Anfang an ein Dorn im Auge gewesen. Der Fall, der den Rat beschäftige, sei nur ein Glied in der Kette der Maßnahmen, die auf die Wiedereinrichtung und Befestigung der Autonomie abzielten. Staatssekretär v. Bülow erwähnte schließlich die Bildung einer Schlichtungsorganisation aus großlitauischen Elementen unter Führung litauischer Offiziere und unter Teilnahme zahlreicher Beamter. Diese Organisation arbeite jetzt im Memelland Polizeifunktionen aus.

Unter Vertagung des Statuts habe die litauische Regierung die memelländischen Angelegenheiten mit Gewalt von einer Reise nach Genf zurückgehalten, wohl in berechtigter Befürchtung vor einer ungeschminkt Darstellung der wahren Lage im Memelland. Staatssekretär v. Bülow protestierte dagegen und wachte sich lobend dem Bericht Colban zu, und er u. a. erklärte: Der Bericht erkenne den Ernst der Situation im Memelland und die Dringlichkeit der Abhilfe an. Aber die Rechtsfrage hätte, wie der Bericht sagt, ein Gutachten des Haager Gerichtshofes eingeholt werden sollen. Die litauische Regierung hat jetzt ihre Zustimmung verweigert. Diese Weigerung Litauens steht mit jedem Rechtsprinzip in Widerspruch. Staatssekretär v. Bülow appellierte in diesem Zusammenhang an die Verantwortung des Völkerbundes. Sollte, so fragte der deutsche Vertreter, irgendwelcher oder vermeintlicher Mängel des Statuts der Rat außerstande sein, die Aufgabe zu erfüllen, die ihm das Statut zuzuwirft? Refr. noch, sollte er außerhande sein, eine Aufgabe zu erfüllen, die die Verantwortlichkeit von ihm erwartet?

Es hat keinen Zweck, daß wir uns über den Ernst der Lage täuschen. Es ist dem Berichtshatter, unterstützt von den hervorragenden Juristen der Signatarmächte, offensichtlich nicht gelungen, der Sache Herr zu werden,

und das ist nicht seine Schuld. Ich warne dringend davor, sich mit einem solchen Verlagen des Völkerbundesmechanismus und des Memellandstatuts anzufassen. Es wäre für den Völkerbund fast ebenso nachteilig wie für die Bevölkerung, die durch das Memellandstatut geschützt werden soll. Es würde bedeuten, daß die Memelländer so gut wie rechtlos der Willkür einer ihnen nicht wohlgeleiteten Obrigkeit ausgeliefert werden. Die vier alliierten Hauptmächte, deren Unterzeichneten dieses unzulässige Memellandstatut bedenklich, haben eine schwere Verantwortung auf sich geladen. Im Interesse des Friedens und des guten Einvernehmens zwischen den Völkern, im Interesse von Recht und Gerechtigkeit richte ich daher einen Appell an Sie, an diese vier Mächte. Ich wende mich jetzt und hier an Sie mit der Bitte, daß Sie der Verantwortung Rechnung tragen, die Sie übernommen haben, und daß Sie von den Rechten gegenüber Litauen Gebrauch machen, die Sie sich im Artikel 17 Abs. 2 vorbehalten haben. Sie haben die Möglichkeit, den Fall alsbald vor den internationalen Gerichtshof im Haag zu ziehen. Von dieser Möglichkeit bitte ich Sie, Gebrauch zu machen. Auf diesem Wege ist eine Entscheidung der Rechts- und Tatsache möglich, und Litauen wird nicht umhin können, sich dem Spruch des höchsten internationalen Gerichtshofes der Welt zu fügen.

In einer kurzen Bemerkung zu den Ausführungen des deutschen Vertreters erklärte der Berichtshatter Colban, man dürfe nicht von einem Verlagen des Völkerbundes sprechen. Der Rat habe sich genau an das ihm vorgelegene Verfahren gehalten. Die öffentliche Meinung dürfe nicht den Eindruck gewinnen, daß der Rat nicht seine Pflicht getan habe. Das sei wohl auch nicht die Auffassung der deutschen Vertreter.

Auf die in der Form sehr abgewogene, sachlich aber sehr scharfe Rede des deutschen Vertreters erwiderte der litauische Außenminister Janinius mit einigen Ausfährungen, die seine völlige Unfähigkeit zu erkennen ließen. Dies ging auch daraus hervor, daß er zum größten Befremden der Versammlung die bei solchen Auseinandersetzungen übliche Form befolgte und dem deutschen Vertreter in einer Weise entgegentrat, die die einfachsten Gebote der internationalen Höflichkeit außer acht ließ, indem er die Ausführungen des deutschen Vertreters als demagogisch bezeichnete. Auf die Ausführungen des Staatssekretärs v. Bülow wurde er im einzelnen nicht eingegangen, da er seinen Ausführungen, die er vor acht Tagen im Rate gemacht habe, nichts hinzuzufügen habe. Janinius protestierte dagegen, daß der Vertreter Deutschlands sich im Rate für die memelländische Bevölkerung einsehe. Die Behauptung des deutschen Vertreters, daß Litauen nicht das Vertrauen rechtfertige, das der Rat ausgesprochen habe, greife die Ehre Litauens an.

Der peinliche Eindruck, den die Ausführungen des litauischen Außenministers machten, fand seinen Widerhall in den darauf folgenden Ausführungen der Vertreter der Signatarmächte der Memellandkonvention. Der Vertreter Großbritanniens, Londonderry, betonte nochmals die Notwendigkeit, daß in Litauen ein verfassungsmäßiges Direktorium gebildet werde und gab seinem Bedauern Ausdruck, daß der litauische Außenminister den Vorschlag, beim Haager Gerichtshof ein Gutachten über die Frage einzuholen, nicht angenommen habe. Er werde nicht verfehlen, seiner Regierung von der Art der Vertretung des Berichtshatters Kenntnis zu geben, daß die Signatarmächte sich mit der Angelegenheit befassen möchten.

Der Vertreter Italiens, Vilotti, und der Vertreter Japans, Sato, schlossen sich den Ausführungen des englischen Delegierten an, ebenso Paul Boncour, der anregte, daß Litauen es bei der Aufnahme seiner Vorbehalte gegen die Punkte 5 und 6 in das Protokoll bewenden lasse, damit der Bericht als einstimmig angenommen gelten könne. Janinius stimmte dieser Anregung zu, worauf der Ratpräsident die einstimmige Annahme der Entschließung Colban's feststellen konnte.

Die Beurteilung des Ratsbeschlusses

Genf, 20. Februar.
Der heutige Beschluß des Rates bedeutet zunächst eine moralische Beurteilung Litauens durch

den gesamten Völkerbundrat. Es ist nach dem Verlauf der Aussprache auch zu erwarten, daß die Signatarmächte dem wirkungslosen deutschen Appell entsprechen und die Angelegenheit dem Haager Gerichtshof unterbreiten werden. Dadurch würde endlich jene endgültige Klärung der Lage erreicht, die Litauen seit Jahren zu vereiteln sucht. Bis dahin wird Litauen es sich nicht leisten können, durch weitere Übergriffe im Memelland die Stimmung der Mächte gegen sich noch mehr zu verschlechtern.

Die Verordnung über die Bierpreisfestsetzung bleibt bestehen.

Berlin, 20. Februar.

Amlich wird mitgeteilt:
Die Verordnung über die Bierpreisfestsetzung bleibt bestehen und wird durchgeführt und zwar nach Maßgabe der vom Reichskommissar erlassenen Ergänzungsbestimmungen, wonach die örtlichen Behörden hätten ausgleichen können.

Die Reichsregierung hält jedoch, wie sie das bereits auf die Anfrage des Abg. Kumm u. Gen. zum Ausdruck gebracht hat, im Gesamtrahmen des Bierpreisproblems auch die Inangriffnahme des Getreidepreiserlasses für nötig. Denn die Finanzlage erfordert es, daß das Bier unter allen Umständen das aufbringt, was bisher in den Etats dafür angelegt war. Diese Ansprüche würden aber nicht erreicht werden, wenn die Preisfestsetzung in ihrer bisherigen Höhe, die übrigens bei der gegenwärtigen Kaufkraft der Bevölkerung auch wirtschaftlich und gesundheitliche Wirkungen für das Gesundheitswesen, die Branntwein- und die mit dem Brauergewerbe zusammenhängenden Gewerbe hat, jetzt bestehen bliebe. Aus diesem Grunde ist spätestens zum 1. April 1932 eine entsprechende Bierpreiserhöhung in Aussicht genommen, die dann auch eine weitere Senkung des Bierpreises ermöglicht.

Die politischen Zusammenstöße in Saarau.

Schweidnitz, 20. Februar.

Nach dem amtlichen Bericht des Schweidnitzer Landratsamtes wurden nach Auflösung der Saaraer Versammlung die Nationalsozialisten unterwegs von politischen Gegnern, nachdem diese zunächst von der Landjäger abgedrängt worden waren, überfallen. Dabei wurde auch ein Schuß auf die begleitenden Landjägerbeamten abgegeben, der jedoch nicht traf. Außer der Wegkreuzung nach Romadwaldau entstand eine neue Schlägerei, ohne daß die Angreifer bisher ermittelt werden konnten. Die Polizei mußte Schüsse abgeben, aber auch von den Streitenden wurde geschossen und hierbei der SA-Mann Franz (nicht Martin) Weder aus Kreisau durch einen Kopfschuß so schwer getroffen, daß er kurz darauf starb. Ein Mitglied des Reichsbanners wurde schwer verletzt und mußte ins Krankenhaus eingeliefert werden. Außerdem gab es eine Anzahl Leichtverletzte. Die SA-Leute wurden nun von den Landjägerbeamten in ein Gasthaus gedrängt. Dort blieben sie, bis ein Kommando Schutzpolizei eingetroffen war, sie durchsucht und ihnen die vorhandenen Waffen abgenommen hatte. Die SA-Leute, die zum Teil auf einem Lastkraftwagen aus Schweidnitz, zum anderen Teil in Omnibussen aus Striegau gekommen waren, wurden dann nach ihren Heimatorten abgeführt.

Der Überfall auf die Berliner Gartenkolonie Jensees.

Berlin, 20. Februar.

Die Justizpressestelle teilt mit: In der Voruntersuchung wegen der Vorgänge in der Kolonie Jensees — bei denen, wie seinerzeit gemeldet wurde, von einer Versammlung heimkehrende Nationalsozialisten mit den Bewohnern der Kolonie handgemein wurden, wobei es zwei Tote gab — sind jetzt insgesamt 25 der ursprünglich Verhafteten aus der Haft entlassen worden. Zurzeit befinden sich noch sieben Kolonisten unter der Anschuldigung des versuchten Totschlages und zwölf Teilnehmer des nationalsozialistischen Zuges, darunter elf wegen des Verdachtes des gemeinschaftlichen Totschlages an Kiemle, in Haft. Bei den übrigen aus der Haft Entlassenen erscheint bis auf eine Person ein dringender Tatverdacht zurzeit nicht mehr begründet.

R

Zur Reichspräsidentenwahl.

Bildung eines Kuratoriums für die Hindenburg-Wahl.

Berlin, 20. Februar.
Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Kuratsorium der Hindenburg-Kuratsorium gebildet, dem folgenden Persönlichkeiten angehört: Oberpräsident a. D. v. Batocki, Königberg i. Pr., Franz Behrens, Vorsitzender des Verbandes ländlicher Arbeitnehmer, Berlin, Robert Bofsch, Stuttgart, Geheimrat Tullberg, Rensselaer, General der Infanterie a. D. v. Eickenhoff-Rothe, Berlin, Hofrat a. D. Gherisch, München, Landrat a. D. Gerete, M. B., Oberbürgermeister Dr. Schum, Berlin, Oberst a. D. Selzer, München, Reichsgerichtspräsident a. D. Emons, Berlin, Graf Schöpp, Wittg. d. Reichst., Berlin, Freiherr von Wilmowski, Mariental, Generalmajor a. D. von Winterfeldt, Berlin. Das Kuratorium wird am Montag, den 22. Februar, zusammengetreten, um sich zu konstituieren und einen geschäftsführenden Ausschuss zu bestimmen, dem die Durchführung der Wiederwahl des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg obliegt.

Die Sozialdemokraten für Hindenburg.

Berlin, 21. Februar.
Der „Vorwärts“ schreibt zur Frage der Reichspräsidentenwahl: Die Sozialdemokratische Partei hat offiziell noch nicht Stellung genommen. Aber die Entscheidung, die sie zu fällen hat, ist nicht schwer. Da die Kommunisten mit einer eigenen Kandidatur vorgehen, würde die Auffstellung eines Sozialdemokraten auch nur eine leere Demonstration. Der Ausschuss der sozialdemokratischen Stimmen bei der eigentlichen Entscheidung müßte aber mit mathematischer Sicherheit den Sieg der schicksalhaften Reaktion zur Folge haben. Wenn also nicht noch im letzten Augenblick irgendwelche unvorhergesehene Umstände eintreten, die die ganze politische Situation ver-

ändern, dann wird die Parole der Sozialdemokratie für Hindenburg lauten müssen.
Wenn wir praktisch nur noch vor der Frage stehen, ob Hindenburg bleiben oder durch einen Mann der Garbener Front ersetzt werden soll, dann müssen wir natürlich dafür sein, daß Hindenburg bleibt.

Eine Rede Loebes.

Witowa, 21. Februar.
Auf einer heute von den Organisationen der Eisernen Front veranstalteten Kundgebung sagte Reichstagspräsident Loeb zu Frage der Reichspräsidentenwahl, daß Zwang und Erkenntnis der Sachlage die SPD bewegen hätten, von einer eigenen Kandidatur abzusehen. Es gelte, für Hindenburg einzutreten, auch wenn jeder wisse, daß Hindenburg nicht der Kandidat der Sozialisten sei. Hindenburg sei kein Faschist, sondern General, aber Hindenburg habe seinen der Beförderung von Weimar und der Republik geleisteten Wiederdienst erhalten und werde ihn weiter halten. Das bekennt die SPD, für Hindenburg in die Märzentscheidung zu ziehen.

Der Oberschlesische Bauernverein für Hindenburgs Wiederwahl.

Oppeln, 21. Februar.
Der Oberschlesische Bauernverein hat heute eine Entschiedenheit, die zur Wiederwahl Hindenburgs auffordert und u. a. befragt, die ober-schlesischen Bauern würden sich deshalb hinter Hindenburg stellen, weil er durch die Bekämpfung, das schwerste Amt im Reich weiterzuführen, ein leuchtendes Vorbild von Pflichterfüllung gegenüber dem deutschen Volk, und weil das Volk dem Hindenburg als Hindenburg als Helfer und Schöpfer der Heimat zu unaußerschlüsslichen Dank verpflichtet sei.

Die Schlacht bei Shanghai.

Shanghai, 20. Februar.
Den ganzen Tag rangen die Kämpfenden in blutigem Ringen miteinander. Als die Nacht hereinbrach, wüthete in Kiangwan ein Riesenseuer. Dieses Dorf war am späten Nachmittag zusammen mit dem Bahnhof von den Japanern wieder eingenommen worden. Die Verluste auf beiden Seiten waren bei diesen Kämpfen sehr schwer.
Die Straßen von Shanghai wimmeln von Flüchtlingen. Die Ameisen strömen eilends flüchtend in jeden Dampfzug, der die Westen verläßt. Die in Eile organisierten Flüchtlingssammelstellen konnten gegen Abend den ständigen Zustrom von Flüchtlingen kaum noch bewältigen. 3000 Chinesen sind allein im Gebäude der Continentalbank untergebracht. Sie liegen auf dem Boden oder sitzen wie betäubt an den Wänden. In den überfüllten Räumen wurden während des Tages mehrere Kinder geboren. Ein nicht endender Strom von Flüchtlingen bewegt sich durch die Niederlassung. Von Zeit zu Zeit kehren manche noch einmal in die Gefahrenzone zurück in der Hoffnung, ein ererbliches Eigentumstück mitzunehmen. Der nördliche Teil der internationalen Niederlassung ist jetzt völlig geräumt. Die chinesische Bevölkerung der Niederlassung lockt der Erregung. Chinesische Kampfberichte werden fast stündlich veröffentlicht und von Tausenden gekauft. Sie enthalten die wildsten Gerüchte.

Inzwischen geht die japanische Offensive langsam und planmäßig weiter. Die japanischen Granaten schlagen jenseits von Kiangwan ein, und japanische Flugzeuge werfen über dem Kampfgebiet Bomben ab. Heftige Explosionen vernichten das dortige, trodene Wetter ist dem japanischen Vordringen günstig. Vor dem dicht bedeckten Dorf Kiangwan waren die Japaner gestoppt, sich langsam voranzubewegen, und es kam zu heftigen Bajonettkämpfen. Das Dorf wurde von dem japanischen General Uyeha am 6.30 Uhr nachmittags genommen.

Weiteres Vordringen der Japaner.

Shanghai, 22. Februar.
(Kont.) Die japanische Offensive geht stetig vorwärts. Im letzten Kampfschritt nördlich des Dorfes Kiangwan rückt die japanische Infanterie mit Hilfe von künftigen Kampfgeschützen und unterstützt durch Bombenflüge und Artilleriefeuer vor, um von Norden her auf Leishan einzuschwenken. Am den Befehl des Dorfes Kiangwan, wo chinesische Widerstandskämpfer in Häusern liegen, wird noch verzweifelt gekämpft. Bei Wusung herrscht im wesentlichen Ruhe, ebenso bei Lichapei. Es wird aber erwartet, daß die Japaner heute nachmittags an der Lichapei Front einen großen Angriff unternehmen werden.

George Washington.

Zum 200. Geburtstag des amerikanischen Nationalhelden.

Am 22. Februar d. J. feiern die Vereinigten Staaten von Amerika den 200. Geburtstag ihres größten Bürgers und ersten Präsidenten George Washington. Die Gestalt Washingtons ist für die Nordamerikaner mehr noch als die eines Nationalhelden; sie berechnen in ihm den Begründer der Nation, dessen Lebenswerk gekrönt wird durch die Erringung der nordamerikanischen Unabhängigkeit und die Schaffung einer Verfassung, die sich bis heute erhalten hat. Das Gedächtnis Washingtons ist in Amerika stets und dauernd lebendig; 15 Städte und ein Bundesstaat tragen seinen Namen; alljährlich wird seine letzte Wochenschrift, die er am Ende seiner Präsidentschaft erstellte, im Senat verlesen, und alljährlich wird der 22. Februar festlich begangen.
Das Jahr 1932 ist als sein 200. Geburtstag ganz dem Andenken des großen Mannes gewidmet, und die großen Festtage der Vereinigten Staaten, vor allem der Unabhängigkeitstag am 4. Juli, werden dieses Mal Washingtons Gestalt zum Mittelpunkt haben.
Es genügt, sich die einzigen Daten seiner Laufbahn kurz zu vergegenwärtigen, um nachzufühlen, was sie dem Amerikaner bedeutet: Mit 16 Jahren tritt Washington 1748 als Landmesser zum erstenmal in den Dienst seines Landes. 1752 übernimmt er die Verwaltung des großen Landbesitzes der Familie in Virginia, tut aber daneben Dienst als Major der Miliz. 1754 beteiligt er sich in dieser Eigenschaft an einer militärischen Expedition gegen die Franzosen. 1756 am großen Kolonialkrieg gegen Frankreich. 1774 nimmt er als Abgeordneter von Virginia am ersten Kontinentalkongress in Philadelphia, der sich offen in Gegenwart zur britischen Regierung stellt, teil und 1775 am 2. Kongress, während dessen er die Unabhängigkeitserklärung und die Ernennung des 43-jährigen Washington zum Oberbefehlshaber

des amerikanischen Heeres erfolgt. Während der nun folgenden schweren Kriegsjahre ist Washington der Leiter und die Seele der Arme, durch Kampf, Not und Rückschläge bis zum endgültigen Siege und erfolgreichen Friedensschluß. 1787 präsidiert er der verfassunggebenden Nationalversammlung, um sich dann auf seine heimlichen Güter zurückzuziehen. 1789 folgt er dem Ruf des Vaterlandes, als erster Präsident die Geschicke der Nation zu leiten, und verbleibt in diesem hohen Amt bis 1797. Noch einmal stellt er sich, 66-jährig, im kurzen Kriege gegen Frankreich 1798 als Oberbefehlshaber zur Verfügung, um dann für und ausrunderlos sein kampferprobtes Leben, das der Weltgeschichte seinen Stempel aufdrückt, im heimatischen Virginia zu beschließen.
Im deutschen Volk werden die amerikanischen Zeichen dieses Jahres einen Widerhall aufschlagen und herzliche Sympathie finden. Die Persönlichkeit Washingtons, seine Unvergesslichkeit und Menschlichkeit, seine blühende Betheiligung am Eintreten für das Allgemeinwohl wird als leuchtendes Vorbild auch bei uns gewürdigt und geehrt, und wie gebenedelt gern der Tatsache, daß einer der größten Mitarbeiter Washingtons im Kampfe für Amerikas Freiheit der deutsche Offizier von Steuben war. Auch in Deutschland werden die Organisationen, die sich der Pflege der Beziehungen zum amerikanischen Volke widmen, sein Andenken dieses Jahr festlich begehen und hiermit dem Geistes des ganzen deutschen Volkes Ausdruck verleihen.

Walter Reinhardt hat im Societäts-Berlag, Frankfurt am Main, eine Biographie Washingtons herausgegeben, „George Washington. Die Geschichte einer Einheitsführung“, 244 Seiten. Im Verlage gebunden 7.50 Mark. Wir entnehmen dem Werk folgenden Abschnitt:
Zeitpanorama.

Man muß sich das Land vorstellen: einen von Weizen und an südlichen Rändern bebautes, wenig erschlossenes, noch in einer halben Vornachbarinnung

Neuer Protest der Rechte bei General Harding.

Washington, 22. Februar.
(Kont.) Eine über veröffentlichten Meldung zufolge haben die Militärs der Rechte bei General Harding erneut Protest erhoben und die Einstellung des chinesischen Heeres in Richtung auf die internationalen Verhältnisse gefordert.

Die Grundzüge Japans für die Anerkennung der Unabhängigkeit der Mandchurei.

Tokio, 21. Februar.
(Kont.) Die japanischen zuständigen Stellen haben zwar die Unabhängigkeitserklärung der Mandchurei bisher noch nicht endgültig gebilligt, es verhalten aber, daß die allgemeinen Richtlinien, die der Billigung zugrunde gelegt werden würden, folgende sind: Anerkennung der Rechte und Verpflichtungen der früheren Regierung, Grundlag der

offenen Märkte und gleicher Handelsbedingungen. Verträge mit fremden Mächten, in denen die wirtschaftlichen Interessen der ausländischen Staatsangehörigen respektiert werden, Schutz des Lebens und Eigentums der Ausländer und gegenseitiges Zusammenwirken zur Entwicklung der Wirtschaft der Mandchurei.

Erklärungen des japanischen Außenministers.

Tokio, 21. Februar.
In einer dem Kaiser-Vertreter übergebenen Erklärung des japanischen Außenministers heißt es, Japan bestreite keineswegs, aus dem Völkerbunde auszutreten oder die chinesische Gebietsteile südlich der Großen Mauer dauernd zu besetzen oder einen Teil der Mandchurei zu annektieren. Geringfügig sei von irgendeiner Aktion gegen die Sowjetregierung die Rede.

Ein Kabinett Lardieu.

Paris, 21. Februar.
André Lardieu hat nach Ritterschaft sein Kabinett folgendermaßen gebildet:
Ministerpräsident und auswärtige Angelegenheiten: Lardieu (Abgeordneter, Linkstrepublikaner);
Justizminister und Kontrolle der öffentlichen Verwaltungen: Reynaud (Abgeordneter, Demokratisch-sozialer Aktion);
Inneres: Rahnien (Senator, demokratisch-sozialer Aktion);
Finanzen: Flaudin (Abgeordneter, Linkstrepublikaner);
Nationale Verteidigung: Piétri (Abgeordneter, Linkstrepublikaner);
Öffentlicher Unterricht: Mario Roustan (Senator, Sozialrepublikaner);
Pensionen und soziale Gebiete: Champetier de Ribes (Abgeordneter, katholischer Demokrat);
Arbeit: Rabat (Senator, bei keiner Fraktion eingeschrieben);
Öffentliche Gesundheitspflege: Blaisot (Abgeordneter, Fraktion Marx);
Öffentliche Arbeiten, Verkehrswesen und Handelsmarine: Guernier (Abgeordneter, radikale Linke);
Landwirtschaft: Dr. Chauveau (Senator, Republikanische Union, Fraktion Mitterand);
Handel, Post- und Telegraphenverwaltung: Rollin (Abgeordneter, Linkstrepublikaner);
Kolonial: de Chappedelaine (Abgeordneter, radikale Linke).

Unterstaatssekretäre:
Ministerpräsident: Cathala (Abgeordneter, Fraktion Franklin-Bouillon) und Teyssie (Abgeordneter, Linkstrepublikaner);
Inneres: Foulon (Abgeordneter, bei keiner Fraktion eingeschrieben);
Finanzen: Berreau-Pradier (Abgeordneter, Linkstrepublikaner);
Nationale Verteidigung: Fould (Fraktion Marx) und Riché (Abgeordneter, Fraktion Franklin-Bouillon);
Öffentliche Arbeiten und Verkehrswege: Dr. Schain (Abgeordneter, Demokratisch-Sozialer Aktion).
Im Laufe der Nacht wurde noch der bisherige Unterstaatssekretär für Fremdenverkehr, Gaston Gôrard, in das neue Kabinett übernommen.
Das neue Kabinett zählt sieben Mitglieder weniger als das vorausgegangene Kabinett. Das Budgetministerium ist mit dem Finanzministerium, das Ministerium für Handels-

marine und Handelsverkehr mit dem Ministerium für öffentliche Arbeiten, das Post- und Telegraphenverwaltung mit dem Ministerium für Handel wieder vereinigt worden. Gewisse Formen sind infolgedessen vorgenommen worden, als das Ministerium für nationale Verteidigung geschaffen wurde, das die bisherigen Ministerien für Heereswesen, Kriegsmarine und Militärjustiz vereinigt.
Was die politische Zusammensetzung anlangt, so gehören dem neuen Kabinett u. a. ein Sozialrepublikaner und ein Unabhängiger, drei Mitglieder der radikalen Linken, sechs Linkstrepublikaner, zwei Mitglieder der Fraktion Franklin-Bouillon, ein katholischer Demokrat, zwei Mitglieder der Demokratisch-Sozialen Aktion (Fraktion Rahnien) und zwei Mitglieder der demokratisch-republikanischen Union (Fraktion Marx). Nach Berreau-Pradier gehören dem Kabinett an: acht Radikale, drei Grundbesitzer, drei Agrarier (de Chappedelaine, Fould und Riché), vier ehemalige Beamte (Rahnien, Piétri, Teyssie, Berreau-Pradier), zwei Akademiker (Roustan und Guernier), zwei Ärzte (Chauveau und Riché), ein Lehrer (Foulon) und ein Journalist (Lardieu).
Das neue Kabinett tritt am Dienstag vor dem Parlament.
Lardieu beschäftigt am kommenden Mittwoch nach Gené abzureisen, um die Führung der französischen Delegation auf der Währungskonferenz wieder zu übernehmen.

Im Spiegel der Pariser Presse.

Paris, 21. Februar.
Das Kabinett Lardieu, dessen Bildung nur knapp einige Stunden in Anspruch genommen hat, wird von der Presse mit Wohlwollen und selbstverständlich auch von den großen Nachrichtenblättern mit Freuden begrüßt. Ein Teil der links-rechtenden Presse nimmt das Ministerium Lardieu mit Resignation auf. Einige radikale Blätter, sowie vor allem auch der sozialistische „Populaire“ erklären jedoch, daß es sich um ein Kampfkabinett handle, und daß die Mehrheit des Senats dieses Ministerium als Herausforderung deuten müsse. Der Kampf der Opposition gegen das Kabinett gehe fort. „Ouvreur“ erklärt, wenn man etwas meinen wollte, daß die Angelegenheit nun erledigt sei, dann täusche man sich. Die Kampagne beginnt; und zwar vor dem Laube; diejenige, die ein paar tausend halbbrüchige Pariser Manifestanten

amerikanische Kontinent. Was ihnen den Impuls gegenüber an kolonialer Schädigung ist, erheben sie durch Schwanz, Bagewant, Phantast, Goldgräber, Fingert. Auch noch eine kleine französische Erde ist da, Florida, aber dort geht es nicht viel, sie scheint abgeschaltet vom Markt der Zeit, schließt in sommerbedeckten weißen Häutchen und Hüften einen Dornröschenschlaf.
Es regt sich auf der neuen Erde. Der englische Kaufmann und Farmer in seinem verhältnismäßig kleinen Raum an der Ostküste sieht sich in einer weit angelegten Fänge zwischen französischer Goldgräber. Eine Katastrophe bereitet sich vor. Man sieht ihr Kugeln mehr im fernsten Europa, in den Kabinettministern von Paris und London als in Amerika selbst. Wie wird es anfallen und wann wird der Ausbruch kommen?
In dieses Land, in diese Lage wurde George Washington hineingeboren.
Man muß sich die Zeit vorstellen: 1732 das Jahr. Ein Querschnitt durch die wichtigsten Länder der Erde deckt ein ungeheures Bild auf. Amerika ein bloßer Armer Europäer, französisches und englisches Kolonialland, ein im Grunde noch wenig entwickeltes, nur von wenigen Wirtschaftsvollen als großes Handelsgebiet angesehen, in seinen großartigen Ressourcen noch kaum recht erkannten kontinentalen Schätze. Radio indigastaque molis. Vom französischen Großmachtgefühl als ein selbstverliebtes Geschick der Weltanschauung an die hellge Krone Frankreichs mit Nähe hergenommen, von den Engländern angezogen der wachsenden Bevölkerung der Inseln als sehr passender Tummelplatz für fromme Seiltzer, unkontrollierte jüngere Söhne und andere unbedeutende Ableger empfanden.
In England regierte Georg II. aus dem Hause Hannover, mehr ein Hannoveraner als ein Engländer, aber sein schlichter Mann für das Reich und für die Zeit. Man war sehr merkantilistisch angelehrt, laut aber durchgängig bereit, sich noch etwas mehr zu tätigen. Koloniale Aufbebung, die sich außer in Amerika auch in Indien anbahnte, wurde im Grunde der leidenden Imperialisierenden der Welt, ohne daß man sie immerhin (sovereign) hätte. Indien gehörte das große Indien. Ach ja, man hatte auch auf dem neuen Kontinent (seitlich des Atlantik ein paar junge Provinzen, wie viele waren

